Pressestelle des Verwaltungsgerichts des Saarlandes



66740 Saarlouis, 28.09.2023

Ansprechpartner:

Verwaltungsgericht:

Herr Schmit: 06831 – 447-116 Herr Schwarz 06831 – 447-110 Telefax: 06831 – 447-163 Informationen auch unter: www.vgds.saarland.de

Geschäfts-Nr.: 1271

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Terminvorschau Oktober 2023

Verwaltungsgericht des Saarlandes

04.10.2023 Sitzungssaal I

10:00 Uhr

1 K 739/21

K. ./. Regionalverband Saarbrücken

Der Kläger begehrt mit seiner Klage die Erlaubnis zum Betrieb einer Prostitutionsstätte, die vom Beklagten unter Verweis auf die fehlende Zuverlässigkeit des Klägers aufgrund einer früheren strafrechtlichen Verurteilung abgelehnt worden ist.

11:00 Uhr

1 K 651/22

G. – RAe. Friedrichs, Loesgen pp. - ./. Saarländischer Rundfunk – Südwestrundfunk –

Die Klägerin begehrt mit ihrer Klage die Befreiung von der Pflicht zur Zahlung von Rundfunkbeiträgen.

11:30 Uhr

1 K 684/20

A. – RA. Seimetz - ./. Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität und Verbraucherschutz– JURE Rechtsanwälte -

12:30 Uhr

1 K 562/21

A. – RA. Seimetz - ./. Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität und Verbraucherschutz
– JURE Rechtsanwälte -

Die Klägerin in den beiden Verfahren wendet sich gegen Kürzungen ihrer Öko-Prämie bzw. den Widerruf einer Zusage über die Aufnahme in die Ökoförderung ab 2020 durch den Beklagten.

11.10.2023 Sitzungssaal I

09:30 Uhr

6 K 218/22

S. - RAin. Aalbers - ./. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

10:15 Uhr

6 K 186/22

A. – RA. Yavuz - ./. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

10:45 Uhr

6 K 200/22

M. – - ./. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Die ab 09:30 Uhr zu verhandelnden Verfahren betreffen Asylklagen irakischer Staatsangehöriger.

13.10.2023 Sitzungssaal I

09:00 Uhr

6 K 620/22

R. – RAin. Lang - ./. Landesverwaltungsamt – Zentrale Ausländerbehörde -

Der Kläger, ein rumänischer Staatsangehöriger, ist in der Bundesrepublik Deutschland wiederholt straffällig geworden. Zuletzt wurde er von dem Landgericht Saarbrücken mit Urteil vom 18.03.2021 wegen versuchten Mordes zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren und sechs Monaten verurteilt. Aufgrund dessen stellte der Beklagte den Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland fest und drohte dem Kläger die Abschiebung nach Rumänien und Frankreich, wo er dauerhaft wohnhaft war, an. Dagegen wendet sich der Kläger mit seiner Klage und begehrt die Aufhebung der Verlustfeststellung.

10:00 Uhr

6 K 424/22

A. – RA. Yavuz - ./. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Der Kläger, ein irakischer Staatsangehöriger, begehrt mit seiner Klage die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 Abs. 1 AsylG.

17.10.2023 Sitzungssaal I

09:15 Uhr

1 K 898/23

G. – StBin. Schwinn ./. Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie

09:30 Uhr

1 K 900/23

I. – StB. Wernet. ./. Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie

09:40 Uhr

1 K 903/23

G. – StB. Wernet. ./. Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie

09:50 Uhr

1 K 989/23

W. – StB. Wernet. ./. Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie

10:00 Uhr

1 K 901/23

C. – StB. Wernet. ./. Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie

10:10 Uhr

1 K 899/23

R. - StB. Wernet. ./. Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie

10:20 Uhr

1 K 902/23

L. – StB. Wernet. ./. Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie

10:30 Uhr

1 K 904/23

W. – StB. Wernet. ./. Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie

10:40 Uhr

1 K 990/23

R. - StB. Wernet. ./. Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie

Streitgegenstand der ab 09:15 Uhr zu verhandelnden Klageverfahren ist jeweils die Rücknahme sowie Rückforderung zuvor bewilligter Zuwendungen (Corona-Hilfen).

18.10.2023 Sitzungssaal I

09:00 Uhr

2 K 579/20

S. – RAe. Kapitain & Koll. - ./. Oberbürgermeister der Kreisstadt Homburg – RA. Schröder –

Der Kläger wendet sich mit seiner Klage gegen einen Säumniszuschlag im Zusammenhang mit der Abrechnung und Ablieferung von Einkünften aus Nebentätigkeit.

10:00 Uhr

2 K 799/20

M. – RAe. Warken & Koll. - ./. Ministerium der Finanzen und Wissenschaft

Die Beteiligten streiten darüber, ob dem Kläger für die Jahre 2002 bis 2007 ein Anspruch auf eine Verwendungszulage zusteht.

11:45 Uhr

2 K 1416/20

T. - ./. Landesamt für Zentrale Dienste - Zentrale Beihilfestelle -

Die Klägerin begehrt mit ihrer Klage Beihilfe zu Aufwendungen für die Behandlung ihres Sohnes.

20.10.2023 Sitzungssaal I

10:00 Uhr

3 K 871/22

R. - RA. Niederländer - ./. Bürgermeister der Gemeinde Kleinblittersdorf

Die Klägerin wendet sich mit ihrer Klage gegen die Heranziehung zu Vorausleistungen auf den Erschließungsbeitrag für die Herstellung des Endstufenausbaus einer Straße.

10:45 Uhr

3 K 931/22

S. ./. Gemeinde Wadgassen - RAe. Thimmel & Partner-

Streitgegenstand der Klage ist die Erhebung von wiederkehrenden Ausbaubeiträgen durch die Beklagte.

24.10.2023 Sitzungssaal I

09:30 Uhr

1 K 694/21

F. – RAe. Rapräger - ./. Universität des Saarlandes – Juristisches Prüfungsamt –

09:30 Uhr

1 K 1281/23

F. – RAe. Rapräger - ./. Universität des Saarlandes – Juristisches Prüfungsamt –

Die Klägerin wendet sich in beiden Verfahren gegen die vom Beklagten im Hinblick auf nicht zureichende Prüfungsleistungen in zwei Modulen getroffene Feststellung des endgültigen Verlustes des Prüfungsanspruchs in dem von ihr gewählten Studiengang.

24.10.2023 Sitzungssaal III

09:15 Uhr 6 K 913/21

B. – RAe. Henrich - ./. Bürgermeister der Gemeinde Tholey – RAe. Rapräger –

Der Kläger begehrt mit seiner Klage die Feststellung, dass er weiterhin Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr der beklagten Gemeinde ist. Streitig ist, ob der Kläger freiwillig aus dem aktiven Dienst der Freiwilligen Feuerwehr ausgeschieden ist.

25.10.2023 Sitzungssaal I

09:15 Uhr

5 K 20/22

P. - RAin. Brehm - ./. Regionalverband Saarbrücken - UBA -

Beigeladen: Stadt Püttlingen

Die Klägerin begehrt mit ihrer Klage die Erteilung einer Baugenehmigung für eine Werbeanlage im Euroformat einschließlich der Erteilung einer Befreiung.

10:00 Uhr

5 K 679/21

N. - RAin, Brehm - ./. Landkreis Saarlouis - UBA -

Beigeladen: Stadt Lebach

Streitgegenstand des Klageverfahrens ist die Erteilung einer Baugenehmigung für eine Werbeanlage im Euroformat.

10:45 Uhr

5 K 509/22

E. – RAe. Rapräger - ./. Regionalverband Saarbrücken – UBA –

Der Kläger wendet sich mit seiner Klage gegen eine Nutzungsuntersagung des Beklagten, mit der ihm die gewerbliche Nutzung seines Grundstücks zum Ablagern von Grünschnitt, kleingehäckseltem Mulch und Erdanschüttungen untersagt wurde.

12:30 Uhr

5 K 1008/21

M. - ./. Gemeinde Losheim

Der Kläger begehrt die Verpflichtung der Beklagten, die im Rahmen einer Renaturisierungsmaßnahme hinter seinem Wohnanwesen gepflanzten Bäume ersatzlos zu entfernen und keine weiteren Anpflanzungen mehr vorzunehmen.

26.10.2023 Sitzungssaal I

10:00 Uhr

3 K 927/21

B. – RA. Bick - ./. Bürgermeister der Gemeinde Merchweiler

Der Kläger wendet sich mit seiner Klage gegen die Heranziehung zu Friedhofsgebühren.

10:45 Uhr

3 K 514/21

B. – RA. Gries - ./. Bürgermeister der Stadt Blieskastel – Abwasserwerk –

Streitgegenstand der Klage ist die Festsetzung von Schmutzwassergebühren.

27.10.2023 Sitzungssaal I

09:15 Uhr

6 K 689/21

B. – RAe. Balzert & Koll. - ./. Landesverwaltungsamt – Zentrale Ausländerbehörde –

Der aus dem Kosovo stammende Kläger begehrt mit seiner Klage eine Duldung nach § 60 a AufenthG ohne den Zusatz "für Personen mit ungeklärter Identität" nach § 60 b Abs. 1 Satz 1 AufenthG. Streitig ist, ob der Kläger seiner besonderen Passbeschaffungspflicht aus § 60 b Abs. 2 Satz 1 AufenthG nachgekommen ist.

10:00 Uhr

6 K 647/21

T. – RAe. Adam & Dahm - ./. Landesverwaltungsamt – Zentrale Ausländerbehörde –

Der aus Eritrea stammende Kläger begehrt die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 3 AufenthG für die Bundesrepublik Deutschland. Streitig ist, ob die Identität des Klägers hinreichend geklärt ist.

10:45 Uhr

6 K 1469/21

B. – RAin. Kessler - ./. Landesverwaltungsamt – Zentrale Ausländerbehörde –

Dem Kläger, einem syrischen Staatsangehörigen, wurde nach seiner Einreise in die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2015 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 AsylG zuerkannt. Diese wurde, nachdem der Kläger im Jahr 2020 u. a. wegen gefährlicher Körperverletzung sowie vorsätzlicher Körperverletzung durch das Amtsgericht Saarbrücken zu einer Jugendstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt worden war, widerrufen. Zudem wies der Beklagte den Kläger aufgrund dieser Verurteilung mit Bescheid vom 29.04.2021 aus der Bundesrepublik Deutschland aus. Hiergegen wendet sich der Kläger mit seiner Klage und macht geltend, dass vom ihm keine Gefahr der Begehung weiterer Straftaten mehr ausgehe.

Verantwortlich: Christoph Schmit